

Mender, Antonia; Lippelt, Jana

Article

Kurz zum Klima: EEG-Novelle – heißt es nun auch für die Windenergie »Deckel drauf«?

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Mender, Antonia; Lippelt, Jana (2014) : Kurz zum Klima: EEG-Novelle – heißt es nun auch für die Windenergie »Deckel drauf«?, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 67, Iss. 06, pp. 40-42

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/165410>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Kurz zum Klima: EEG-Novelle – heißt es nun auch für die Windenergie »Deckel drauf«?

Deutschland steht zusammen mit China und den USA an der Spitze der weltweit installierten Kapazität an Windenergie. Im Jahr 2013 wurden in Deutschland insgesamt 3 238 MW elektrische Leistung neu installiert, das macht einen kumulierten Bestand von 33 729 MW aus (vgl. Global Wind Energy Council 2014). Auch bei den angemeldeten Patenten im Bereich der Offshore-Windindustrie nimmt Deutschland eine Vorreiterrolle ein (vgl. IWR 2014). Doch dies könnte sich mit den aktuellen Reformplänen zum EEG, die u.a. einen Deckel für Windkraft anstreben, schon bald ändern. Ziel der Gesetzesnovelle ist es, die Kosten der Ökostromförderung effizienter zu gestalten sowie die Kostenexplosion der EEG-Umlage und damit auch den Strompreis für private Verbraucher zu drosseln. Das Eckpunktepapier für die EEG-Reform sieht vor, die durchschnittliche Vergütung für Strom aus erneuerbaren Energien von derzeit ca. 17 Cent/kWh auf ca. 12 Cent/kWh im Jahr 2015 abzusenken (vgl. BMWi 2014a). Nach dem angestrebten Beschluss im Bundeskabinett am 9. April 2014 soll die EEG-Novelle bereits am 1. August in Kraft treten.

Neben der Deckelung des Ausbaus der Windenergie an Land wird es weitere Neuerungen geben, die sich unterschiedlich auf die verschiedenen Marktparteien auswirken: Beispielsweise sollen sich Eigenstromerzeuger zukünftig an der EEG-Umlage beteiligen. Außerdem ist auf Druck der EU-Kommission eine Eingrenzung der Rabatte bei der EEG-Umlage für Unternehmen der stromintensiven Industrie (z.B. Stahlwerke, Braunkohletagebaue) angedacht. Des Weiteren werden Wind- und Solarparkbetreiber zur Direktvermarktung verpflichtet. Das heißt, sie müssen ihren Strom ab 2015 abhängig von der Anlagengröße selbst vermarkten und sich auf diese Weise mehr Wettbewerb aussetzen. Die EEG-Novelle sieht im Zuge dessen auch vor, Biomasse mit einem jährlichen Ausbau von höchstens 100 MW zu deckeln. Bei der Photovoltaik beträgt der jährliche Zubaukorridor aktuell 2 500 bis 3 500 MW. Dieser soll nun auf 2 500 MW pro Jahr reduziert werden (vgl. BMWi 2014b). Das neue EEG erntet reichlich Widerstand, nicht zuletzt aufgrund der geplanten Deckelungen beim Windkraftausbau an Land. Jährlich soll nur noch eine Leistung von insgesamt 2 500 MW zugebaut werden, was ca. 1 000 Windrädern entspricht. Wird diese Grenze überschritten, werden die Vergütungen gekürzt. Dabei soll vor allem an windreichen Orten eine deutlich stärkere Kürzung stattfinden (vgl. Tagesschau 2014). Genau wie bei der Photovoltaik bereits bestehend, soll dem aktuellen Referentenentwurf zufolge auch bei der Windenergie an Land ein sogenannter »atmender Deckel« eingeführt werden. Das heißt, die Höhe der Degression hängt vom jeweiligen Zubau ab und wird alle drei Monate angepasst. Durch die automatische Anpassung von Fördersätzen »[...] soll erreicht werden, dass sich der tatsächliche Ausbau auf dem vorgesehenen Ausbaupfad bewegt und diesen nicht dauerhaft über- oder unterschreitet«, heißt es in Gabriels Eckpunkten zur EEG-Re-

form (vgl. BMWi 2014a). Zudem soll der Repowering-Bonus gestrichen werden.

Wie bindend die Deckelungen beim Windkraftausbau an Land sind, wird durch die genaue Betrachtung des Gesetzesentwurfs deutlich. Denn der jährliche Zubau von 2 500 MW beispielsweise ist ein Bruttowert. Das bedeutet, das Ersetzen alter Windräder durch neue Anlagen (Repowering) kann nicht vom Ausbauvolumen abgezogen werden (vgl. Top agrar 2014). Darüber hinaus gilt im bisherigen Gesetzesentwurf bereits der 22. Januar 2014 als Stichtag für die alten Fördersätze. Anlagen, die erst danach genehmigt worden sind, würden demnach schon unter das EEG 2014 fallen. »Mit der Stichtagsregelung sollen vor allem auch Ankündigungs- und Mitnahmeeffekte vermieden werden«, so der Referentenentwurf vom 4. März 2014 (vgl. BMWi 2014b). Dies relativiert sich dadurch, dass die deutsche Windenergie den höchsten Zubau seit zehn Jahren verzeichnet. So wurde das geplante Ausbaulimit für Windenergie an Land von 2 500 MW im Jahr 2013 mit einem Bruttozubau von 2 998 MW zwar durchaus überschritten. Allerdings konnte solch ein Überschreiten der 2 500-MW-Marke zuletzt im Jahr 2003 (2 700 MW neu installierte Leistung an Onshore-Windenergie) beobachtet werden (vgl. IWES 2013, BWE 2014). Im internationalen Vergleich verfügen Länder wie China, Frankreich, Spanien und Italien derzeit über die höchsten Ausbauziele (vgl. Tab. 1). In diesen Ländern sollen

Tab. 1
Internationale Ausbauziele im Bereich der Windenergie

Land	Ziel bis +/- 2020
Algerien	270 MW
Ägypten	7 200 MW
Brasilien	15,6 GW
China	200 GW
Dänemark	50% Anteil an Stromverbrauch
Deutschland	6,5 GW
Finnland	884 MW
Frankreich	25 GW
Indien	5 000 MW (2017)
Indonesien	100 MW (2025)
Italien	12,68 GW
Japan	5 000 MW
Jemen	400 MW (2025)
Jordanien	1 200 MW
Libyen	600 MW
Marokko	2 000 MW zusätzlich
Nigeria	20 MW (2025)
Österreich	2 000 MW zusätzlich
Palästina	44 MW
Polen	1 000 MW (offshore)
Spanien	35,7 GW
Südkorea	1 500 MW (2019)
Syrien	1 000 MW
Thailand	1 200 MW (2022)

Quelle: REN21 (2013).

die ambitionierten Ziele vor allem durch den Ausbau der Offshore-Windenergie erreicht werden. Die deutschen Ausbaupläne für das Jahr 2020 liegen in diesem Vergleich im Mittelfeld, was u.a. auf die bereits in der Vergangenheit hohen installierten Kapazitäten zurückzuführen ist. In Dänemark soll die Windkraft bis zum Jahr 2020 einen Anteil von 50% am Stromverbrauch erreichen.

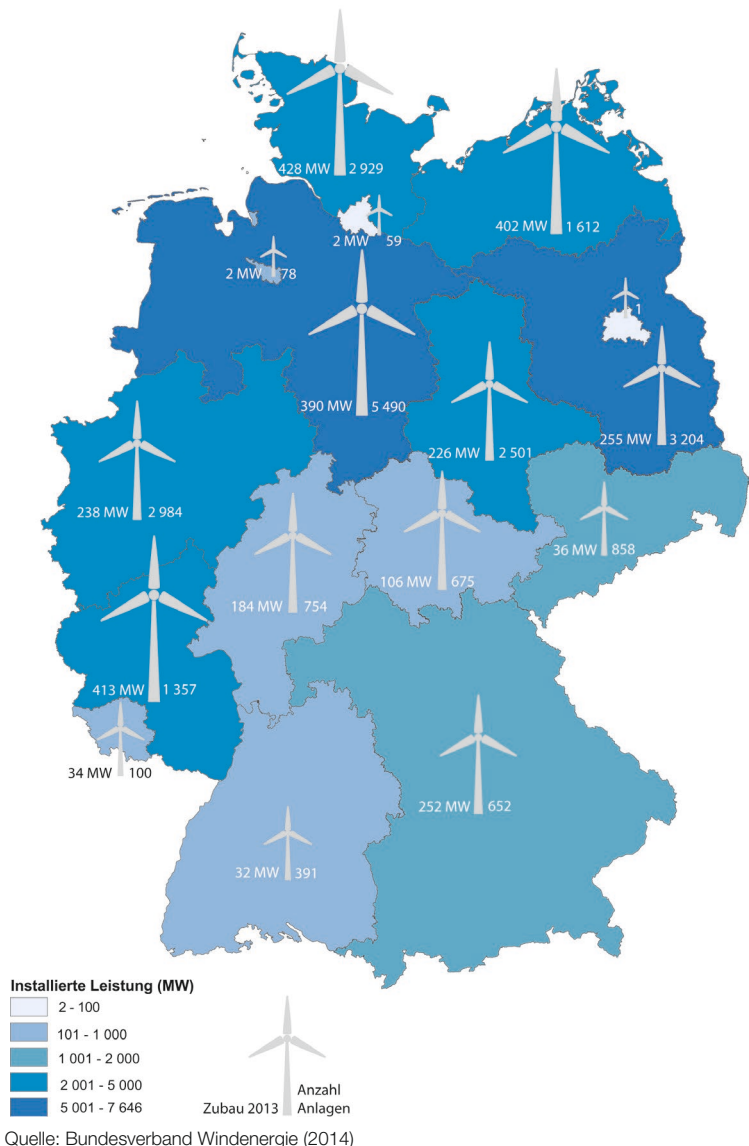
Für die Windenergie auf See ist in Deutschland geplant, bis 2020 entgegen bisheriger Pläne nur noch 6,5 GW und bis 2030 15 GW neu zu installieren. Obwohl das Stauchungsmodell verlängert werden soll, kritisiert auch die Offshore-Branche die EEG-Novelle. Im Stauchungsmodell ist eine garantierte Vergütung von 19ct/kWh über acht Jahre vorgesehen. Dieses ermöglicht es den Betreibern, über einen verkürzten Zeitraum eine höhere Vergütung als im üblichen Zeitraum von zwölf Jahren (mit 15 ct/kWh) in Anspruch zu nehmen. Zusätzlich kann die reguläre Anfangsvergütung von 15 ct/kWh in Abhängigkeit von Wassertiefe und einer größeren Entfernung zur 12-Meilen-Zone auf bis zu 20 Jahre verlängert werden (vgl. BMU 2013). Die bisherige Degression im Stauchungsmodell mit einer jährlichen Abnahme von 7% soll nun neu gestaltet werden: Anstatt der erwarteten 19 Cent/kWh sollen für 2018 und 2019 nur noch 18 Cent/kWh bzw. 17 Cent/kWh gewährt werden. Befürworter des Offshore-Ausbaus befürchten, dass damit Investoren verunsichert und insbesondere regionale Arbeitsplätze abgebaut werden könnten (vgl. ErneuerbareEnergien.de 2014a). Verunsichernd wirkt unter anderem die Tatsache, dass die bisher 33 vom Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) genehmigten Windparks bereits über eine Leistung von rund 11 GW verfügen und nicht mehr alle der 95 aktuell beantragten Windparks genehmigt werden können (vgl. *Neue Osnabrücker Zeitung* 2014).

Warum es in erster Linie die nördlichen Bundesländer sind, die die Windenergiebremse kritisieren, ist offensichtlich (vgl. Abb. 1). Zwar wurden 2013 ca. 60% der 2 998 MW neu installierten Leistung an Land in Mittel- und Süddeutschland errichtet, trotzdem bleibt Norddeutschland mit ca. 40%, nicht zuletzt aufgrund geographischer und meteorologischer Voraussetzungen, führend bei der Onshore-Windenergie (vgl. BWE 2014). Niedersachsen und Brandenburg verfügen derzeit über die höchsten installierten Kapazitäten, gefolgt von Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein (vgl. Abb. 1). Aufgrund des ste-

tigeren Windangebots in Norddeutschland herrscht bezüglich der Windenergie in Deutschland eine Kluft zwischen Norden und Süden. Wie ausgeprägt die Nord-Süd-Schere bezüglich der Windenergie in Deutschland ist, wird bei einer Betrachtung der Dichte der installierten Leistung deutlich. Während im Norden bis zu 381,65 kW/km² Windenergie installiert sind (z.B. Bremen), beläuft sich dies im Süden lediglich auf 2,24 kW/km² (z. B. Bayern) (vgl. BDEW 2013). Durch die bereits angesprochene stärkere Kürzung der Vergütung an windstarken Standorten als an windarmen könnte die Windenergie gleichmäßiger in der Bundesrepublik verteilt und somit die Kluft zwischen Nord- und Süddeutschland zumindest teilweise geschlossen werden. Die Windbranche kritisiert jedoch, dass die Grenze bei Windparks mit Ertragserwartungen von 77,5% gesetzt werden soll¹, so dass wind-

¹ Verglichen mit gewöhnlich guten Standorten für Windparks.

Abb. 1
Windenergie in Deutschland 2013



schwache Standorte trotz effizienter Turbinen herausfallen würden (vgl. Erneuerbare Energien 2014b).

Neben der aktuellen Debatte zur Deckelung der Windkraft kommt nun auch die Diskussion über den Transport des Windstroms hinzu: Aufgrund der Schere des Windenergieausbaus zwischen Nord- und Süddeutschland muss der Netzausbau vorangebracht werden. Daraus entsteht wiederum ein erhöhter Transportbedarf des Stroms von Norden nach Süden. Von den Übertragungsnetzbetreibern TenneT und TransnetBW werden dafür drei zusammen 2800 km lange Hochspannungsleitungen geplant (Sued-Link, Gleichstrompassage Süd-Ost), die den Strom ab 2022 nach Bayern bzw. Baden-Württemberg sowie von Halle in Sachsen-Anhalt nach Bayern in die Nähe von Augsburg transportieren sollen. Dies löste in den letzten Monaten heftige Diskussionen über geplante Stromtrassen aus. Durch sich regenden Widerstand aus der Bevölkerung wurde für den Plan für Bayern von Ministerpräsident Seehofer ein Moratorium gefordert, welches jedoch von der Bundesregierung aufgrund bereits länger feststehender Planungen zurückgewiesen wurde (vgl. Agrar heute 2014).

Die Windkraft stellt eine der wichtigsten Säulen der Energiewende dar. Vor allem die Offshore-Windkraft besitzt mit dem zunehmenden Ausbau der Windparks das Potenzial, in Zukunft grundlastfähig Strom zu liefern (vgl. IWR 2013). Die Zahl der angemeldeten Patente im Bereich der Offshore-Windenergie nimmt laut IWR (2014) seit 2012 jedoch immer weiter ab, was auf den verlangsamten Ausbau sowie die aktualisierten Ausbaupläne und Vergütungsstrukturen der Bundesregierung zurückzuführen ist. Aktuell wurde in einem Rechtsgutachten festgestellt, dass die eingangs beschriebene Stichtagsregelung zur Inanspruchnahme der bisherigen Vergütung nach dem EEG 2012 verfassungswidrig ist (vgl. Fachverband Biogas 2014) und somit der Entwurf zur Neufassung des EEG überarbeitet werden muss. Aufgrund dessen bleibt weiterhin offen, wie sich die Ausgestaltung der Vergütungen für Windenergie, aber auch für Biogas in naher Zukunft entwickeln wird.

Literatur

Agrar heute (2013), »Bayern gibt Bürgerprotesten gegen Trassenbau nach«, online verfügbar unter: <http://www.agrarheute.com/stromtrassen-bayern-moratorium>.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2013), »Offshore-Windenergie. Ein Überblick über die Aktivitäten in Deutschland«, online verfügbar unter: http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/20130423_broschuere_offshore_wind_bf.pdf.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie BMWi (2014a), »Eckpunkte für die Reform des EEG«, online verfügbar unter: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/eeg-reform-eckpunkte>.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie BMWi (2014b), »Entwurf eines Gesetzes zur grundlegenden Reform des Erneuerbare-Energien-Ge-

setzes und zur Änderung weiterer Vorschriften des Energiewirtschaftsrechts«, online verfügbar unter: <http://media.repro-mayr.de/20/603520.pdf>.

Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft BDEW (2013), »Erneuerbare Energien: Windenergie«, online verfügbar unter: http://www.bdew.de/internet.nsf/id/DE_Erneuerbare-Energien.

Bundesverband Windenergie BWE (2014), »Windenergie an Land wächst 2013 wie prognostiziert – Ungewissheit für 2014 und 2015 bleibt groß«, online verfügbar unter: <http://www.wind-energie.de/presse/pressemitteilungen/2014/windenergie-land-waechst-2013-wie-prognostiziert-ungewissheit-fuer>.

Erneuerbare Energien (2014a), »Offshore-Arbeitsplätze in Gefahr«, online verfügbar unter: <http://www.erneuerbareenergien.de/offshore-arbeitsplaetze-in-gefahr/150/469/77159/>.

Erneuerbare Energien (2014b), »Stromkonzernchef warnt vor Windkraftbremse«, online verfügbar unter: <http://www.erneuerbareenergien.de/stromkonzernchef-warnt-vor-windkraftbremse/150/469/77332/>.

Fachverband Biogas e.V. (2014), »Geplante Stichtagsregelung für Biogasanlagen im EEG-Entwurf ist nicht verfassungskonform«, online verfügbar unter: http://www.biogas.org/edcom/webfbv.nsf/id/DE_PM-09-14.

Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik IWES (2013), »Windenergie verzeichnet 2013 höchste Zubaurate seit zehn Jahren«, online verfügbar unter: <http://www.iwes.fraunhofer.de/de/Presse-Medien/Pressemitteilungen/2013/windenergie-2013-verzeichnet-hoechste-zubaurate-seit-10-jahren.html>.

Global Wind Energy Council (2014), *Global Wind Statistics 2013*, online verfügbar unter: http://www.gwec.net/wp-content/uploads/2014/02/GWEC-PRstats-2013_EN.pdf.

Internationales Wirtschaftsforum Erneuerbare Energien IWR (2013), »Offshore – oder Onshore-Windenergie: UBA-Studie heizt Diskussion an«, 10. Juni, online verfügbar unter: <http://www.iwr.de/news.php?id=23807>.

Internationales Wirtschaftsforum Erneuerbare Energien IWR (2014), »Deutsche Offshore-Windindustrie belegt Platz eins im Innovations-Ranking«, 6. März, online verfügbar unter: <http://www.iwr.de/windenergie/wind-news.php?id=25776>.

Neue Osnabrücker Zeitung (2014), »Aufwind für deutsche Offshore-Projekte«, 17. Februar, online verfügbar unter: <http://www.noz.de/deutschland-welt/wirtschaft/artikel/451979/aufwind-fur-deutsche-offshore-projekte>.

REN21 – Renewable Energy Policy Network for the 21st Century (2013), *Renewables 2013 – Global Status Report*, online verfügbar unter: http://www.ren21.net/Portals/0/documents/Resources/GSR/2013/GSR2013_lowres.pdf.

Tagesschau (2014), »EEG 2.0 – Was sich künftig ändern soll«, online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/faqueokstrom100.html>.

Top agrar (2014), »Deckelung beim Windkraftausbau empört norddeutsche Länder«, online verfügbar unter: <http://www.topagrar.com/news/Energie-Energenews-Deckelung-beim-Windkraftausbau-empoert-norddeutsche-Laender-1348364.html>.

Wirtschaftswoche (2014), »Großer Pfusch bei grünen Jobs«, 7. März, online verfügbar unter: <http://www.wiwo.de/unternehmen/energie/experten-rechnen-die-zahl-der-jobs-schoen-grosser-pfusch-bei-gruenen-jobs/9564012.html>.